

„Unsere Schnellschüsse waren nicht gut“

Sommerinterview mit der Nürtinger FDP-Bundestagsabgeordneten Judith Skudelny: „Inhaltliche Diskussionen statt der ewigen Personaldebatten“

Die Krise ihrer Partei will Judith Skudelny nicht an einer einzigen Person festmachen. Im Gespräch mit unserer Zeitung fordert die Nürtinger FDP-Bundestagsabgeordnete eine breite inhaltliche Debatte.

VON JÜRGEN GERRMANN

V Jahr sind Sie wegen des grandiosen Erfolgs der FDP völlig unverhofft in den Bundestag gekommen. Heute könnten Sie sich mit Ihrem damaligen Listenplatz die Wohnungssuche in Berlin sparen. Wie konnte es so schnell so weit kommen?

Es ist eine ganze Reihe von Fehlern passiert. Das mit unseren Schnellschüssen war nicht gut, und vielleicht auch nicht die Art, wie wir unsere Politik kommuniziert haben. Es waren nicht nur, aber auch inhaltliche Fehler. Ein Wachstumsbeschleunigungsgesetz so zu nennen, das zwar viele sinnvolle Regelungen enthält, aber kaum das Wachstum beschleunigt, bringt die Leute zu Recht dagegen auf. Dazu kam, dass wir vor den Wahlen in Nordrhein-Westfalen gar nichts gemacht haben. Man wählt keine Regierung für einen Wechsel, die dann erst mal einen Schnellschuss macht und dann lange nichts tut. Dennoch bin ich optimistisch, dass wir im Herbst mehr Schwung kriegen und dann die richtigen Entscheidungen nicht nur treffen, sondern sie auch dem Bürger besser vermitteln.

Ihr Parteivorsitzender war ja jahrelang Hans-Dampf in allen Mediengassen. Jetzt hat man den Eindruck, er löse ein Schweigegebäude in einem Kartäuserkloster ein. Freut Sie das?

Die Frage ist: Hatte er überhaupt noch die Chance, richtig gehört zu werden? Am Anfang war Guido Westerwelle relativ unumstritten. Er ist dann aber so stark in die Kritik gekommen, dass er mittlerweile nichts Richtiges mehr sagen kann. Alles wird gegen ihn verwendet. Insofern halte ich es für verständlich, dass er jetzt erst mal nichts gesagt hat. Sonst wäre das, was wir jetzt machen, nur deswegen in Verruf geraten, weil er es gesagt hat. Noch einmal: Wichtiger ist nun, nach vorn zu schauen und inhaltlich gute Politik zu machen.

Das hört sich wie ein Plädoyer für Ihren Generalsekretär Christian Lindner als neuen Chef an. Der Herr Lindner ist kein neuer Chef. Er ist unser Sprachrohr. Arbeiten müssen wir. Wir in der Fraktion im Bundestag. Jeder einzelne Abgeordnete muss gute Arbeit abliefern. Wir müssen allerdings wesentlich besser und viel genauer erklären, was wir tun und warum wir das tun. In der Opposition konnten wir immer nur sagen: „Was die anderen machen, ist schlecht“.

Jetzt müssen wir es allerdings besser machen. Und auch erklären, warum das Bessere besser ist. Da sehe ich Herrn Lindners Platz: mitzuhelfen, das zu transportieren.

Wie ahnungslos waren denn Ihre Partei und Sie, als sie an die Regierung gekommen sind?

„Ahnungslos“ ist das falsche Wort. Ja, was waren wir? Ich glaube, wir waren unvorbereitet. Auf eine CDU, die doch näher an der SPD ist, als wir das erwartet hatten. Wir hatten gedacht, dass die Union viel mehr auf unserem Kurs ist, als sie das letztendlich war. Wir haben das zu lange falsch ein-

geschätzt. Dadurch sind wir in eine Situation gekommen, wo der Einzelne und auch wir als Fraktion insgesamt kurzfristig überrumpelt worden sind.

Halten Sie es denn auch heute noch für serios, den Leuten Dinge zu versprechen, von denen selbst Otto Normalverbraucher wusste, dass die niemals zu halten sind?

Ich war damals Otto Normalverbraucher und bin mit der festen Überzeugung in den Wahlkampf gegangen, dass das, was wir wollen, richtig ist. Wer konnte die Finanzkrise in dem Umfang schon voraussehen?

30 Milliarden Steuersenkungen sollen bei dieser Kassenlage richtig sein?

Mal im Ernst: Der Bundeshaushalt wird so oder so gerechnet, je nachdem, wer rechnet. Wir haben jetzt 20 Milliarden allein dadurch gespart, dass die Konjunktur ein bisschen angesprungen ist. Wir sind noch gar nicht über die Wirtschaftskrise hinweg, aber plötzlich reduziert sich die Staatsverschuldung bei uns massiv. Ich denke, es wäre richtig gewesen, wir hätten erst mal eine Steuervereinfachung gemacht. Aber auch gesagt, dass die FDP als Partei deutlich mehr zu bieten hat als das. Statt Hartz IV haben wir das Konzept des Bürgergeldes. Wir wollen weg von der steuerlichen Begünstigung der Ehe und hin zur Begünstigung von Kindern. Wir stehen für den Wirtschaftsstandort Deutschland in der globalisierten Welt. Allerdings glaube ich nach wie vor, dass der Mittelstand tatsächlich stärker entlastet werden muss. Hierfür setzt sich die FDP auch weiterhin ein. Wir müssen letztlich eine Gesellschaft fördern, in der die Reichen nicht immer reicher und die Armen nicht immer werden und zusätzlich die Mittelschicht erhalten bleibt.

Finden Sie denn das Steuergeschenken an die Hoteliers immer noch richtig?

Wenn man jahrelang einen reduzierten Mehrwertsteuersatz für Hotels fordert (wie übrigens auch alle anderen Parteien) und dann die Möglichkeit hat, diese Forderung umzusetzen, dann macht man das auch. Ich hätte es allerdings besser gefunden, wenn das in einer Gesamtlösung zur Änderung der Mehrwertsteuer erfolgt wäre. Übrigens: Einige Regionen profitieren davon. Und Sie werden es vielleicht kaum glauben: einige unserer Abgeordneten erhalten auch tatsächlich Dankeschreiben dafür.

Das Thema Steuersenkung hat sich ja jetzt wohl erledigt. Es war ja eigentlich das einzige im Wahlkampf, die FDP hätte wesentlich mehr zu bieten. Worüber wollen Sie denn jetzt reden?

Mir scheint, dass Sie einen verengten Blickwinkel haben. Schon im Wahlkampf haben wir weit mehr Themen angesprochen. Und wir wollen nicht nur reden, sondern anpacken. Ein wichtiges Thema der FDP im Bundestag ist die Haushaltskonsolidierung. Und wir haben ein Energiekonzept, das vom Grundsatz her und in seinen Auswirkungen diskutiert werden muss. Auch familienpolitisch ist viel zu tun: Wir haben eine Rechtsprechung, die besagt, dass Ehefrauen nach ihrer Heirat wieder auf ihren vorehelichen Einkommensstand zurückkommen müssen. Das heißt: Das Thema „Frauen und Arbeit“ muss beleuchtet werden. Wir müssen darüber sprechen, dass die Kinderbetreuung in Deutschland deutlich ausgebaut und



Judith Skudelny: „Ich bin und bleibe Liberale.“

Foto: rik

qualitativ verbessert werden muss. Und zwar nicht erst ab drei Jahren, sondern für jeden, der arbeiten möchte, deutlich früher. Wir müssen den demografischen Wandel in Deutschland aktiv in unsere Politik einbeziehen, statt den Fakten nur hinterherzulaufen. Außerdem war die Finanz-Debatte um Griechenland und die Verabschiedung des Euro-Hilfspakets nur der Anfang. Wir müssen uns intensiv um die Zukunft unserer gemeinsamen Währung und Europas kümmern. Auf diese Fragen müssen und werden wir Antworten geben.

Bald stehen schon wieder Wahlen an. Die jetzige schwarz-gelbe Landesregierung erscheint vielen als Schutzpatron der Atomkonzerne und Steuerhinterzieher. Lassen sich damit Wahlen gewinnen?

Ihre Schlagworte würde ich mir nicht auf die Fahne schreiben. Das ist das, was ich mit dem Erklären meinte: Wenn wir heute den Atomausstieg beschließen und das Szenario der Bundesregierung ernst nehmen, heißt das: Wenn wir in Deutschland aussteigen, brauchen wir Stromimporte aus anderen EU-Ländern. Und eines unserer wichtigsten Stromimportländer, Frankreich, arbeitet mit 80 Prozent Atomstrom. Das halte ich nicht für den richtigen Weg. Ganz ehrlich: Ich mache mir weniger Sorgen über eine Störungslage aus einem deutschen Atomkraftwerk als darüber, dass ich aus Frankreich wenig oder gar nichts hore. Unsere Kernkraftwerke unterliegen unserer Kontrolle. Die anderer in benachbarten Staaten nicht. Auch was die Lagerung des Atomabfalls anbetrifft, haben wir keinerlei Einfluss auf unsere Nachbarländer. Dazu noch: Den Atomüll haben wir unabhängig von der Laufzeitverlängerung schon jetzt. Deswegen hätten wir die Lösung schon vor Jahren anpacken müssen. Mir wäre es lieb, wenn die Atomstromeigner

endlich mal sagen würden, wo sie es denn gerne erkunden und entlagern würden, statt immer nur dagegen zu sein. Das Verschieben ins Ausland ist für mich keine Lösung.

Und was spricht dafür, Daten-CDs mit Steuerhinterziehern ungenutzt zu lassen und Straf-täter dadurch zu schützen?

Ich möchte nicht, dass der Staat unrechtmäßig handelt. Denn wenn er das gegenüber dem einen macht, tut er es irgendwann auch mal bei mir: Für mich ist das eine Ehrlichkeitsdebatte: Entweder ist jemand ein Schurke oder er ist keiner. Und beim Staat bin ich dafür, dass unser Staat sauber agiert, auch wenn er dadurch Einzelne im konkreten Fall bevorteilt. Was aber nicht heißt, dass ich Steuerhinterzieher bevorzugen möchte. Ich finde nur, dass wir die Steuergesetzgebung in diesem Punkt deutlich verschärfen könnten. Insbesondere was die Möglichkeiten zur Straferleichterung angeht, zum Beispiel durch Selbstanzeige. Mir geht es um das Grundsätzliche: Ich will nicht, dass der Staat zum Hehler wird. Aber er soll schärfere gesetzliche Mittel bekommen, um seine Forderungen durchzusetzen und Missbrauch zu ahnden.

Bei Stuttgart 21 laden die Herren Mappus und Kretschmann gemeinsam zum Friedensgespräch. Von Ihrer Partei ist da keine Rede. Schwarz-Grün existiert also de facto schon. Wird Ihnen da nicht mulmig?

Mir wird noch mulmiger, wenn ich hore, dass Rot-Grün kommen könnte. Da müssen wir im Wahlkampf noch deutlich mehr machen. Stuttgart 21 war und ist ein Kommunikationsdesaster. Es kann nicht sein, dass bürgerlich eingestellte Menschen auf die Straßen gehen und wir als Reaktion darauf das Rathaus abschließen. Das geht einfach nicht.

Der Bund steuert Milliarden zu Stuttgart 21. Trotzdem laufen die Bürger Sturm. Über- k

„Idie Lust zu sagen „Okay, dann geben wir das Geld halt woanders aus!“?“
Mich nicht. Denn ich bin Anwohner der Filder. Der Raum Stuttgart ist eine prosperierende Region. Wir brauchen eine Verbesserung des Personenverkehrs. Wir haben volle Autobahnen, zu Spitzenzeiten einen ausgelasteten Flughafen. Wir wollen Arbeitsplätze bei uns in der Region halten. Dazu müssen wir einfach in irgendeiner Form die Verkehrsinfrastruktur stärken. Der Zugverkehr ist einfach dafür die beste Art und Weise. Kommt Stuttgart 21 nicht, kommt das Geld bestimmt nicht der Stuttgarter Region zugute. Denn ich habe schon aus anderen Regionen unken hören: „Wenn ihr das Geld nicht wollt – wir nehmen es gerne!“

Früher war die FDP mal als Partei der Bürger-rechte und Bürgerbeteiligung bekannt. Wie stehen Sie zu den Protesten gegen Stuttgart 21?

Wir sind immer noch als Partei der Bürgergerechte bekannt. Ich finde die Proteste verständlich im Hinblick auf das, was da kommunikativ passiert ist. Wegen dieser Proteste habe ich mich jetzt nochmals ganz intensiv mit Stuttgart 21 auseinandergesetzt. Je mehr ich mich damit befasse, umso richtiger finde ich das Projekt. Von vielen, die nicht nur Einzelpunkte betrachten, sondern die Gesamtmengelage anschauen, habe ich gehört, dass sie sich überzeugen lassen. Ich bin und bleibe Befürworter von Stuttgart 21, finde es aber enorm bedauerlich, mit wie viel Arroganz wir versucht haben und versuchen, dieses Projekt durchzuführen.

Kommen wir mal zur innerparteilichen Demokratie: Momentan hat ich den Eindruck, es werde nur noch der Brutus gesucht. Wann stürzt denn Caesar Westerwelle?

Ehrlich gesagt, ich habe keine Lust, über Personen zu reden. Wir in der FDP reden immer nur über Personen und viel zu wenig über Inhalte. Aber wir sollten jetzt den Inhalt voranstellen, sagen was in der heutigen Zeit liberale Politik ist. Wir müssen erklären, warum wir die Gesundheitspolitik oder andere Sachen so gemacht haben, statt permanent nur über Personalien zu reden.

Das war sehr diplomatisch.

Das war nicht diplomatisch. Das ist meine Überzeugung. Mich ätzt es einfach an, dass permanent diese Frage nach Herrn Westerwelle oder unserer Fraktionsvorsitzenden Birgit Homburger kommt. Das bringt doch nichts. Und wir sind gerade dabei, wieder stärker zu werden und auch mehr Profil zu zeigen. Dann stellt sich irgendwann diese Frage gar nicht mehr.

In drei Jahren sind wieder Wahlen, denen Sie sich stellen müssen. Glauben Sie, dass Sie dann wieder Hals über Kopf die Koffer packen müssen – heim auf die Filder?

Da der Listenplatz schon vorher bekannt ist, wird überhaupt nie Hals über Kopf passieren. Mittlerweile weiß ich ja, wie das geht. Ich werde mich auf jeden Fall dafür einsetzen, dass – egal, ob mit mir oder ohne mich – die FDP ein möglichst gutes Ergebnis bekommt. Weil ich weiterhin der Überzeugung bin, dass der liberale Weg der richtige Weg ist. Egal mit welchen Personen und egal mit welcher Kritik: Ich bin und bleibe Liberale.

Swing im Kurpark

Musikfreunde Schlaiddorf ernteten in Urach viel Beifall

SCHLAIDTDORF (pm). Bei strahlendem blauen Himmel verharren schon die ersten Zuhörer auf den Bänken im Bad Uracher Kurpark, um die Musiker der Big Band der Musikfreunde Schlaiddorf bei ihren Vorbereitungen vor ihrem Konzert „Swing im Park“ zu beobachten.

Kaum hatte das Konzert mit dem Titel „Help yourself“ begonnen, wippten Füße im Takt. Der „Donauwellen-Walzer“ war allen bekannt, aber als „Donau Swingtime“ gefiel er in einem neuen Gewand. Der „Chattanooga Choo Choo“ konnte auf den nahe vorbeifahrenden Gleisen der Erntalbahn vorbeigedampft sein. Melodien, die Frank Sinatra, Elvis Presley,

Johnny Cash, die Beatles oder Duke Ellington weltberühmt gemacht hatten, wurden mitgesungen oder leise mitgesummt.

Gesangseinlagen und Soli mit Posaune, T

bedacht. Besonders zum Schmunzeln regten „Sweet Sue“ oder Bernd Volters „Gang en Keller nah, hol Moschd“ und „Hallo kleines Fräulein“ an. Den allermeisten Zuhörern gefiel die Musik offensichtlich so gut, dass sie das Mittagessen verschoben und bis nach den Zugaben blieben und die Big Band mit langem Beifall verabschiedeten.

„Die Bürger in die Politik einbeziehen“

Rainer Arnold (SPD) begrüßt Vorschlag eines Volksentscheids

NÜRTINGEN (pm). Der Nürtinger Bundestagsabgeordnete Rainer Arnold (SPD) begrüßt ausdrücklich den Vorschlag des SPD-Landesvorsitzenden Nils Schmid, eine landesweite Volksabstimmung über das umstrittene Bahnprojekt Stuttgart 21 durchzuführen.

„Ich halte es für sehr wichtig, die Bürger in die Politik einzubeziehen. Gerade jetzt, da die Gespräche zwischen beiden Parteien zu scheitern drohen, muss nach Lösungen auf der Misere gefunden werden“, sagt Arnold in einer Presseerklärung. Mittlerweile seien die Fronten so verhärtet, dass es kaum noch möglich sei, eine sachliche, offene Diskussion zu führen. Die Spaltung in

der Öffentlichkeit müsse aber überwunden werden, da der innere Zusammenhalt der Gesellschaft für das Funktionieren des Landes zentral sei.

„Ich fordere deshalb die CDU-Landtagsabgeordneten auf, im Landtag dieses Vorhaben zu unterstützen und sich für die Durchführung des Volksentscheids einzusetzen.“ Dies stelle jedoch inhaltlich keine Kehrtwende der SPD dar. Es ging darum, den Protest aufzugreifen, die Ängste und Sorgen der Bürger ernst zu nehmen und durch mehr Bürgerbeteiligung die Akzeptanz für dieses Projekt zu erhöhen.

Inhaltlich ist für den SPD-Mann klar,

dass zumindest die Schnellbaurasse zwischen Ulm und Wendlingen unabdingbar ist. „Diese Neubaustrecke ist nach wie vor richtig und auch notwendig. Die Lücke im Hochgeschwindigkeitsnetz muss geschlossen werden, um in Richtung München und auch in den Osten attraktive Schienenverbindungen zu erhalten.“ Durch diese schnelle Bahnverbindung könnte auch der innerdeutsche Flugverkehr reduziert werden, da in diesem Bereich die Bahn eine attraktive Alternative bietet.

Was die Zukunft des Stuttgarter Bahnhofs angeht, so müsse eine seriöse und gründliche Diskussion mögliche Alternativen berücksichtigen.



Sommerfest der Nürtinger SPD

Mit Nils Schmid, Landesvorsitzender der SPD

Für Bewirtung ist gesorgt

NT-Fußgängerzone zwischen Volksbank und NC

Samstag
11.9.
ab 10.30